

Mein

# NEWSLETTER

aus Gemünden &amp; Berlin



## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisabgeordneter für MIL &amp; MSP

Betreuungsabgeordneter für AB &amp; WÜ

APRIL 2016

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Osterfeiertage sind nun vorüber - auch ich habe einige ruhige Tage mit meiner Familie verbracht und freue mich, jetzt wieder gut erholt in die betriebsame parlamentarische Arbeit starten zu können!

Vor einigen Wochen schrieb ich alle Mitglieder im Unterbezirk an und wollte von ihnen wissen, wie sie die bisherige Arbeit unserer SPD-Bundestagsfraktion bewerten - und wie sie meine Arbeit für den Wahlkreis Main-Spessart/Miltenberg sehen.

Dieses „Zwischenzeugnis“ nach zwei Jahren Großer Koalition und nach meinen ersten beiden Jahren im Deutschen Bundestag fiel erstaunlich positiv aus. Und das, obwohl - wie wir alle wissen - die größten Kritiker und Grantler traditionell eher innerhalb unserer Partei zu finden sind ...

Umso mehr habe ich mich über erstaunlich viel Lob gefreut. An der konstruktiven Kritik, die nicht fehlen darf, orientiere ich mich. Ich bin froh, dass wir in einer Partei sind, in der so viel diskutiert und kritisiert wird! So oft wie möglich bin ich daher auch im Wahlkreis unterwegs und treffe SPD-Mitglieder wie auch andere Bürgerinnen und Bürger zum Gedankenaustausch. Mehr dazu in der Rubrik „Vor Ort in Unterfranken“ ab Seite 10.

Ich bekam auch zahlreiche Anstöße und Anregungen für die zweite Halbzeit meiner Wahlperiode. Die Ergebnisse und mehr dazu gleich auf Seite 2.

Ihr 

## INHALT

- 2 Zwischenzeugnis
- 2 Klartext: CETA & TTIP
- 7 Solidarparkt Deutschland
- 10 Vor Ort in Unterfranken
- 13 Bundesteilhabegesetz
- 14 Bundesverkehrswegeplan
- 18 Beiträge der MdLs

## KONTAKT/IMPRESSUM

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstr. 13, 97737 Gemünden

# Aus dem PARLAMENT



## ZWISCHENZEUGNIS FÜR DIE FRAKTION UND FÜR MICH

Wie bereits im Vorwort geschrieben: Die „Zwischenzeugnis“-Umfrage innerhalb meines Bundeswahlkreises Main-Spessart/Miltenberg brachte viel Lob, erstaunlich gute Noten und aber auch einiges an Kritik.

Im ersten Teil der Auswertung geht es nun erst einmal um die Benotungen (nach Schulnoten, beste Bewertungen zuerst) der einzelnen Politikfelder, in denen die Große Koalition in den ersten zwei Jahren besonders aktiv war - und denen wir als SPD-Fraktion unseren Stempel aufdrücken konnten. Im nächsten Newsletter folgt dann der zweite Teil mit der Auswertung meines persönlichen Zwischenzeugnisses.

### Mindestlohn – Arbeit wertschätzen

Die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro/Stunde ist ein Durchbruch, von dem Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern profitieren. Mit weiteren Neuregelungen sorgen wir außerdem dafür, dass tarifvertragliche Mindestlöhne und die Tarifautonomie gestärkt werden.

**Durchschnittsnote: 1,47 | „unwichtig“ sagen 0%**

### Mehr Leistungen für Pflegebedürftige und Angehörige

Wir haben die Leistungen für Pflegebedürftige und Pflegende verbessert. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff, der körperliche, geistige und endlich auch psychische Einschränkungen berücksichtigt, bringt vielen Menschen eine verbesserte Pflege und die Chance, vermehrt zuhause gepflegt werden zu können.

**Durchschnittsnote: 1,72 | unwichtig: 0%**

## KLARTEXT

### CETA und TTIP: genau hinschauen

CETA und TTIP – die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA spalten die Meinungen. Die fehlende Transparenz der Verhandlungen war von Beginn an wahrlich keine Sternstunde der Demokratie.

CETA ist nun ausverhandelt und steht frei zugänglich im Netz, allerdings vorerst noch ausschließlich in Englisch. Die Übersetzung in die deutsche und in alle weiteren europäischen Sprachen laufen. Für TTIP gilt, dass nun seit 1. Februar immerhin die Bundestagsabgeordneten nach langem Ringen die Unterlagen einsehen können.

Auch hinsichtlich des Verhandlungsergebnisses bei CETA hat sich einiges getan. Wichtige Forderungen der europäischen Seite wurden verankert. Mögliche Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge sind vom Tisch. Der Investitionsschutz ist demokratischer und transparenter ausgestaltet als in vielen Handelsabkommen, die Deutschland mit anderen Staaten in der Vergangenheit abgeschlossen hat. Schiedsstellen zum Investitionsschutz entsprechen nun den anerkannten, rechtsstaatlichen Standards für internationale Gerichtshöfe.

Diese Punkte wollen wir auch für TTIP geltend machen. Sobald das Verhandlungsergebnis vorliegt und im Bundestag diskutiert werden kann, müssen wir als SPD ganz genau hinschauen. Wir werden bei einem Verhandlungsergebnis, das uns nicht zufriedenstellt, die Notbremse ziehen.

Wir als SPD haben mehrfach auf die roten Linien hingewiesen, die nicht überschritten werden dürfen. Dabei bleibt es!

# Aus dem PARLAMENT



## Kommunen entlastet

Wir haben eine milliardenschwere Investitionsförderung finanzschwacher Kommunen und eine finanzielle Entlastung bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern durchgesetzt sowie die Zuschüsse für Kitas deutlich erhöht.

**Durchschnittsnote: 1,77 | unwichtig: 0%**

## Mehr Geld für Sozialen Wohnungsbau

Flüchtlinge brauchen ein richtiges Dach über dem Kopf. Aber wir dürfen auch unsere Bevölkerung nicht vergessen, die sich die Mieten vielerorts nicht mehr leisten kann. Daher haben wir als SPD eine deutliche Erhöhung der Bundesmittel durchgesetzt. Jetzt sind die Länder dran, dies auch umzusetzen.

**Durchschnittsnote: 1,80 | unwichtig: 0%**

## Familie, Pflege und Beruf besser vereinbaren

Beschäftigte, die kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen, erhalten nun für zehn Tage Auszeit eine Lohnersatzleistung. Pflegenden Angehörige haben künftig einen Rechtsanspruch, sich für die Dauer von maximal 2 Jahren bei einer Mindestarbeitszeit von 15 Stunden/Woche freistellen zu lassen.

**Durchschnittsnote: 1,79 | unwichtig: 0%**

## Zukunftsinvestitionen – Mehr Geld für Bildung, mehr Bafög für mehr Studierende

Gute Bildung und Chancengleichheit setzen eine verlässliche Finanzierung voraus. Deshalb investieren wir 9 Milliarden Euro zusätzlich in Kitas, Schulen, Hochschulen und Forschung. Außerdem erhöhen wir das Bafög.

**Durchschnittsnote: 1,79 | unwichtig: 0%**

## Rentenpaket – Lebensleistung besser anerkennen

Abschlagsfreie Rente ab 63, Mütterrente, höhere Erwerbsminderungsrenten sowie mehr Geld für Kuren und Reha-Maßnahmen: Das von Andrea Nahles durchgesetzte Rentenpaket hilft vielen tausend Menschen.

**Durchschnittsnote: 1,88 | unwichtig: 0%**

## Flüchtlingspolitik

Wir sorgen für eine bessere medizinische Versorgung insbesondere für Schwangere und Behinderte, für einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt und für Sprachkurse so früh wie möglich, für schnellere Verfahren und mehr Wohnraum für alle, nicht nur für die Flüchtlinge. Für uns gilt: Wir spielen nicht die Armen gegen die Armen aus.

**Durchschnittsnote: 1,93 | unwichtig: 0%**

## Mehr Geld für Familien

Wir haben eine Anhebung der Freibeträge und des Kindergeldes durchgesetzt. Ebenso, dass der steuerliche Freibetrag für Alleinerziehende deutlich steigt.

**Durchschnittsnote: 1,97 | unwichtig: 0%**

## ElterngeldPlus – mehr Zeit

Das ElterngeldPlus bringt mehr Flexibilität in die Elternzeit und erkennt die gesellschaftlichen Entwicklung an, dass Mütter früher wieder in ihren Beruf einsteigen und Väter sich gerne mehr um ihre Kinder kümmern wollen.

**Durchschnittsnote: 2,06 | unwichtig: 1%**

# Aus dem PARLAMENT



## Mietpreisbremse – Wohnen muss bezahlbar sein

Alle MieterInnen sollen sich Wohnraum auch in großen Städten leisten können. Deshalb begrenzen wir unangemessene Mieterhöhungen in angespannten Wohnungsmärkten. Bei Maklern gilt: Wer bestellt, bezahlt.

**Durchschnittsnote: 2,10 | unwichtig: 1%**

## Lebenspartnerschaften steuerlich gleichgestellt

Wir stellen gleichgeschlechtliche, verpartnerte Paare steuerlich Ehepaaren gleich und schaffen somit mehr Gerechtigkeit.

**Durchschnittsnote: 2,13 | unwichtig: 9%**

## Bundeshaushalt: Schwarze Null

Wir haben nun den dritten Haushalt ohne neue Schulden beschlossen, ohne an Investitionen zu sparen. Und obendrauf gibt es noch ein Investitionspaket von 10 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2019.

**Durchschnittsnote: 2,35 | unwichtig: 3%**

## Frauenquote – Frauen in Führungspositionen

Mit verbindlichen Quotenregelungen per Gesetz sorgen wir dafür, dass die Führungsetagen in Deutschlands Unternehmen und Verwaltungen weiblicher werden. Das ist ein großer Schritt für mehr Gleichstellung.

**Durchschnittsnote: 2,36 | unwichtig: 11%**

**Mehr Politik aus Berlin und Unterfranken  
tagesaktuell auch OHNE ANMELDUNG  
und OHNE PASSWORT unter  
[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

## CSU-Maut – ein Koalitions-Kompromiss, nicht unser Wunsch

Ob und wann die Pkw-Maut kommt, hängt vom Urteil des Europäischen Gerichtshofs ab. Klar ist aber: Mit der SPD wird es keine Pkw-Maut für alle geben.

**Durchschnittsnote: 2,36 | unwichtig: 14%**

## Vorratsdatenspeicherung

Die Speicherung von Telekommunikationsdaten ist künftig auf 10 Wochen beschränkt, danach werden sie gelöscht. Standortdaten dürfen nur 4 Wochen gespeichert werden, Inhalte werden nicht gespeichert.

**Durchschnittsnote: 2,49 | unwichtig: 6%**

## Doppelte Staatsbürgerschaft schafft Integration

Kinder ausländischer Eltern, die hier geboren und aufgewachsen sind, können künftig sowohl die deutsche Staatsbürgerschaft als auch die ihrer Eltern behalten. Kein „entweder oder“ mehr. Das sorgt für Integration.

**Durchschnittsnote: 2,52 | unwichtig: 4%**

Diese Zahlen zeigen mir: Nicht alle unsere Themen sind den Genossinnen und Genossen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, gleich wichtig. Die doch deutlichen Unterschiede sind ein Auftrag an mich, alle unsere Projekte noch besser zu erklären.

Dass die in „meinem“ Ausschuss für Arbeit und Soziales verhandelten Punkte allesamt sehr gut bewertet wurden, freut mich natürlich sehr. Da darf man dann auch durchaus mal stolz sein.

Ich habe auch gefragt, um welche bundespolitischen Themen ich mich 2016 besonders kümmern

# Aus dem PARLAMENT



soll. Hier gingen die Antworten natürlich weit auseinander, ein breites Feld tut sich auf, das ich beackern soll. Es gibt aber auch Punkte, die - neben dem Top-Thema Flüchtlingspolitik - immer wieder genannt werden.

Auf diese will ich hier kurz eingehen:

## Kommunen stärken

Vor einigen Wochen gab es hierzu eine Veranstaltung von mir in Kleinwallstadt. Klar wurde dabei: Keine Bundesregierung zuvor hat Kommunen finanziell so stark entlastet wie die aktuelle. Und das tat sie auf Druck der SPD. Es gibt deutlich mehr Geld für Kitas und genauso für die Integration von Flüchtlingen.

Und im Rahmen einer Reform des Bundesteilhabegesetzes werden wir die Kommunen ab 2017 um jährlich 5 Mrd. Euro von der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung entlasten. Wir bleiben also an diesem Thema dran, auch wenn man klar sagen muss: Eigentlich sind hier vor allem die Länder gefragt, da Bundesmittel immer über diese an die Kommunen weiter gegeben werden müssen, was nicht überall so richtig gut funktioniert ...

## Leiharbeit und Werkverträge

Sicher: Die Voraussetzungen hierfür hat Rot-Grün geschaffen. Aber vor allem unter Schwarz-Gelb wurden die Bremsen gelockert und die Branche Zeitarbeit nahm erst richtig Fahrt auf. Was als Instrument gedacht war, um Auftragsspitzen leichter abarbeiten zu können, wurde in den letzten Jahren in vielen Betrieben zum Standard. Das machen wir nicht länger mit. Siehe hierzu Seite 8.

## Mehr Gerechtigkeit durch Tarifbindung

In diesem Zusammenhang habe ich mich sehr über das Urteil des Bundesverwaltungsgericht gefreut, dass Handwerksinnungen gegen geltendes Recht



Marianne Thyssen ist die EU-Kommissarin für Beschäftigung, Soziales, Qualifikation und Arbeitskräftemobilität. In Berlin trafen wir uns vom Ausschuss für Arbeit und Soziales mit ihr zu einem Gespräch, in dem sie unter anderem eine Entsende-richtlinie ankündigte, die den gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort für den gesamten EU-Raum vorschreiben möchte. Ein weiteres Thema war die Qualifizierungsoffensive, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für die Industrie 4.0 gewappnet sind.

verstoßen, wenn sie Unternehmen eine Mitgliedschaft ohne Tarifbindung anbieten. Das ist ein wichtiges Signal für die Tarifbindung im Handwerk.

Durch die mangelnde Bereitschaft, Tariflöhne zu zahlen, hat das Handwerk stark an Attraktivität eingebüßt. So ist der viel beklagte Mangel an Nachwuchs eine direkte Folge dieser jahrelangen Tarifriflucht. Junge Menschen wollen Jobs mit guten Arbeitsbedingungen. Nur Tarifverträge sichern faire Löhne und gute Perspektiven.

## Kampf gegen Rechts

Unter Schwarz-Gelb wurden viele gute Initiativen gegen Rechts, insbesondere im Osten, mangels Geld beerdigt. Strukturen wurden somit zerschlagen, die nun wieder mühsam aufgebaut werden müssen. Den Etat hierfür hat Manuela Schwesig gerade erst von 50 auf 100 Millionen Euro verdopp-

# Aus dem PARLAMENT



pelt. Doch Geld alleine hilft nicht, die Aktiven vor Ort müssen spüren, dass sie nicht alleine sind. In Sachsen-Anhalt und Sachsen haben insbesondere die Ministerpräsidenten hier ziemlich versagt - es aber zumindest endlich eingesehen.

Wir als SPD wollen mehr, nämlich dass die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses umgesetzt werden, um Verfahren und Strukturen in Polizei, Justiz und Verfassungsbehörden zu verbessern. Unsere Staatsorgane waren zu oft auf dem rechten Auge blind oder schlicht zu schlecht ausgebildet und ausgerüstet. Das müssen wir ändern.

## Höhere Renten - mehr Sicherheit im Alter

Endlich hat Sigmar Gabriel im von ihm geforderten Solidarpakt (siehe Seite 7) das Geld durchgesetzt, das es für eine Anschubfinanzierung für die solidarische Lebensleistungsrente braucht. Im Koalitionsvertrag steht dieses sozialdemokratische Projekt schon lange, nun geht es auf die Zielgeraden. Mehr zum Thema Rente gleich hier rechts auf der Seite.

## TTIP und CETA ablehnen

Hierzu habe ich einmal mehr einen „Klartext“ geschrieben (siehe Seite 2). Hierzu sage ich aber auch nochmal an dieser Stelle klar: Was noch nicht beschlussreif ist, kann man auch noch nicht beschließen - oder eben ablehnen. Hier bitte ich alle Skeptiker noch um Geduld. Erst wenn der fertige Text dem Bundestag vorgelegt wird, geht die Diskussion los. Denn erst dann ist sicher, was drin steht. Vorher sind das oft nur Scheingefechte und Stimmungsmache. Daran will ich mich nicht beteiligen. Ich werde aber im Bundestags darauf achten, dass die von uns formulierten roten Linien nicht überschritten werden. Aber bis es so weit ist, wird noch viel Wasser den Main herunterfließen ...

**SPD**

**GUTE ARBEIT – DAS KOMMT  
DAVON! DIE RENTE STEIGT:  
IM WESTEN UM 4,25 %, IM OSTEN  
UM 5,95 %**

#GuteArbeit

## GUTE NACHRICHTEN FÜR RENTNER

Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat diese Woche die Rentenanpassungen zum 1. Juli 2016 verkündet – und damit gute Nachrichten: In Westdeutschland steigt die Rente um 4,25 Prozent, in den neuen Ländern um 5,95 Prozent. Unsere Politik zeigt damit Wirkung. Denn gute Beschäftigungspolitik ist gute Rentenpolitik: Rekord-Beschäftigung und steigende Löhne sorgen für verlässliche und nachhaltige Rentenfinanzen. Klar wird damit: Unsere Politik zeigt Wirkung. Denn gute Beschäftigungspolitik ist auch gute Rentenpolitik: Die Grundlage der Rentenanpassung ist die Lohnentwicklung.

## Mit dem Mindestlohn sorgen wir für eine bessere Einkommenssituation – in ganz Deutschland.

Wir als SPD wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Sozialversicherung auszahlen. Wer langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung versichert war und Beiträge gezahlt hat, muss im Alter mehr haben, als jemand, der nicht gearbeitet hat. Er darf kein Fall für das Sozialamt werden. Deswegen wollen wir eine **solidarische Lebensleistungsrente** einführen!

Gerade jetzt ist das Signal wichtig, dass die sozialen Vorhaben des Koalitionsvertrages nicht in Frage gestellt werden. Denn zu viele Menschen fühlen sich nicht mehr verstanden und mitgenommen. Das müssen wir ändern.

# Aus dem PARLAMENT



## 5 MILLIARDEN EURO FÜR MEHR SOZIALE GERECHTIGKEIT

Eine gute, gemeinsame Zukunft braucht mutige Entscheidungen: für Integration, sozialen Wohnungsbau, Kita-Ausbau, die Mindestrente und gute Arbeit – für alle Menschen in Deutschland. Dafür hat die SPD mit dem Vorschlag eines „Solidarpakts“ gekämpft. Mit Erfolg. Nun gibt es im Haushalt 2017 ein Fünf-Milliarden-Paket für gesellschaftlichen Zusammenhalt und Integration.

Mit dem Plan hat die Koalition aus Fehlern der schwarz-gelben Vergangenheit gelernt. Nach der Finanzkrise hieß es gerade von denen, die immer weniger Staat und dafür immer mehr Eigenverantwortung predigten: Wir haben jetzt kein Geld für Bildung, weil wir die Banken retten müssen.

und Arbeitsgelegenheiten) für Langzeitarbeitslose genauso wie für Flüchtlinge.

>> Die Bundesregierung schafft deutlich mehr **bezahlbare Wohnungen** - für alle. Der soziale Wohnungsbau wird verdreifacht. Der Bund stockt die Mittel für Wohnungsbau und Städtebau um 800 Millionen auf 1,8 Milliarden Euro auf.

>> **80.000 zusätzliche Kita-Plätze:** Weitere 450 Millionen Euro 2017 und 500 Millionen Euro ab 2018 werden für den Kita-Ausbau, Sprachkitas und Initiativen gegen Rechtsextremismus bereitgestellt. Damit stellt der Bund für den Kita-Ausbau mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr zur Verfügung.

>> Eine Milliarde Euro zusätzlich gibt es für Sprachförderung und Integrationskurse sowie weitere Maßnahmen für eine schnelle **Integration**.



Dieses Gegeneinanderausspielen darf sich nicht wiederholen. Mit dem Einstieg in ein neues Solidarpaket ist nicht nur die Integration der Flüchtlinge zu schaffen, sondern vor allem der Zusammenhalt in der ganzen Gesellschaft. Die Wahlergebnisse zuletzt zeigen, wie wichtig das ist.

**Und darum geht es ganz konkret:**

>> Zusätzlich 2,2 Milliarden Euro für eine **aktive Arbeitsmarktpolitik** (Qualifizierung, Ausbildung

>> Für die **solidarische Lebensleistungsrente** (Mindestrente) werden ab 2017 rund 180 Millionen Euro bereitgestellt. Die Mittel werden jährlich anwachsen, um langfristig Beschäftigten eine Mindestrente oberhalb der Sozialhilfe zu garantieren.

Das neue Bundesteilhabegesetz kommt. Zur besseren **Unterstützung von Menschen mit Behinderung** werden die notwendigen Mittel im Haushalt bereitgestellt.

# Aus dem PARLAMENT



## In den kommenden Jahren müssen wir vor allem unsere Gesellschaft zusammenhalten.

Wir in der SPD haben verstanden, dass wir in Deutschland eine doppelte Integrationsaufgabe haben: Diejenigen integrieren, die als Flüchtlinge zu uns gekommen sind, aber auch die nicht vergessen, die immer schon in unserer Gesellschaft leben und die einen starken Staat brauchen, der sich kümmert.

Die aktuellen Beschlüsse sind aber nur ein Schritt hin zu dem von uns geforderten Solidarprojekt: Arbeit und Anstrengung müssen sich wieder für alle lohnen – und nicht nur für den oberen Teil der Gesellschaft. Daher darf sich die Union nicht länger quer stellen bei der Regulierung und Beschneidung von Leih- und Zeitarbeit und bei weiteren sozialpolitischen Maßnahmen, mit denen wir gegen die Ungleichheit in Deutschland ankämpfen wollen.

Bis 2020 stehen für das Solidarprojekt über 25 Milliarden Euro zur Verfügung. Damit können wir als SPD erst einmal zufrieden sein. Aber ausruhen werden wir uns darauf nicht. Denn jetzt gilt es, das Geld nicht nur bereit zu stellen, sondern sinnvoll einzusetzen.

## BESTÜRZUNG ÜBER UNIONS-BLOCKADE DER NEUREGELUNG VON LEIHARBEIT UND WERKVERTRÄGEN

Unter dem Motto „Missbrauch bei Leiharbeit und Werkverträgen beenden – Arbeit der Zukunft gestalten“ hatte die SPD-Bundestagsfraktion mit rund 350 Betriebs- und Personalräten aus ganz Deutschland bereits Ende Februar über die Zukunft der Arbeit diskutiert.

Dabei wollten wir ursprünglich unsere Pläne zur Neuregelung von Leiharbeit und Werkverträgen



**Bernd Rützel**

Gepostet von bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de [?] · 26. Februar um 12:07 ·

Gestern habe ich im Plenum zu befristeten Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst gesprochen. Auch beim Staat müssen sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden.



Bereits Ende Februar sprach ich im Plenum des Deutschen Bundestages zu befristeten Arbeitsverhältnissen im öffentlichen Dienst. Auch beim Staat müssen sachgrundlose Befristungen abgeschafft werden! Diese und alle anderen Bundestagsreden von mir gibt's auf meiner Homepage unter der Rubrik „Politik“ oder wie hier zu sehen auf meiner Facebookseite: Reinklicken, anhören.

vorstellen, mit denen dem bisherigen Missbrauch ein Riegel vorgeschoben werden soll. Die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles musste den 350 Betriebs- und Personalräten dann jedoch die Nachricht überbringen, dass die Unionsfraktion entgegen aller Absprachen den Gesetzentwurf gestoppt hat.

Das ist politisch ärgerlich, da die Union damit eine eindeutige und zentrale Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag in Frage stellt. Darüber hinaus war der Gesetzentwurf mit allen Beteiligten abgestimmt. Wir waren dazu ständig mit den Gewerkschaften im Kontakt. Vor allem ist dies aber höchst ärgerlich für eine Million Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, weil ihnen so mehr Geld und mehr Sicherheit vorenthalten werden. Unser Gesetzentwurf würde zu einer Verbesserung ihrer Situation führen und erstmals Licht in den ausufernden Bereich der Werkverträge bringen.



# Aus dem PARLAMENT



Ich moderierte auf der Betriebsrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion die Arbeitsgruppe zu neuen Arbeitszeitmodellen und profitierte am Ende einmal mehr von den Erfahrungen und Forderungen aus der betrieblichen Praxis.  
*Foto: Andreas Amann*

Auch bei den Betriebs- und Personalräten sorgte die Nachricht für Fassungslosigkeit. So sah der Gesetzentwurf auch vor, dass die Informationsrechte für Betriebsräte bei Werkverträgen gestärkt und gesetzlich definiert werden.

Denn der Betriebsrat muss über den Einsatz von Werkverträgen im gesamten Geschäftsprozess überhaupt Bescheid wissen, bevor eingeschätzt werden kann, ob dieser rechtmäßig ist oder Arbeitsstandards unterläuft. Daher sollten Betriebsräte zukünftig das Recht erhalten, über die Anzahl und die vertragliche Ausgestaltung der eingesetzten Werkvertragsnehmer im eigenen Betrieb informiert zu werden.

Diese Schaffung von Transparenz wurde von den Betriebsräten bei der Konferenz als wichtiger erster Schritt gesehen, um betriebliche Interessenvertretung in diesem Bereich überhaupt erst zu ermöglichen.

Trotz dieses Rückschlags widmeten sich die Personal- und Betriebsräte gemeinsam mit uns weiteren Fragen zur Arbeit von morgen:

## Wie schaffen wir ein gutes Investitionsklima für sichere und gute Arbeit? Und wie verändert sich Arbeit durch Digitalisierung und Industrie 4.0?

Großen Anklang fanden die drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Neue Zeiten: Arbeits- und Lebensmodelle im Wandel“, „Neues Miteinander: Einwanderungsland Deutschland“ und „Neue Chancen: Wertschätzung von Bildung und Arbeit“. Ich freu mich auf den weiteren Austausch zu diesen und allen anderen aktuellen Themen mit den Betriebsrätinnen und Betriebsräten vor Ort, Impulse für diese Gespräche gab es an diesem Tag genügend.

## CHEF DES JOBCENTERS MAIN-SPESSART TRIFFT ANDREA NAHLES

Auf meine Einladung hin besuchte der Leiter des Jobcenters Main-Spessart, Jürgen König, Mitte März die Hauptstadt. Begleitet wurde er dabei von Jürgen Schneider, dem stellvertretenden Teamleiter Markt und Integration. Beide informierten sich über die neuesten Gesetzesvorhaben im Bereich des Sozialgesetzbuchs. Sie konnten auch länger direkt mit der Arbeitsministerin Andrea Nahles über die aktuelle Situation in Main-Spessart sprechen.

„Die Bundesministerin war sehr gut informiert und wollte genau wissen, wo vor Ort der Schuh drückt und wo die Jobcenter noch besser unterstützt werden müssen“, so Jürgen König. Die beiden begleiteten mich in die Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales und zu der Halbzeitkonferenz zum Thema „Arbeiten 4.0“. Die von dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales ausgerichtete Konferenz beschäftigte sich unter anderem mit den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Beschäftigung, dem Wandel an Erwerbsformen und der Zukunft der sozialen Sicherung.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Die Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Kerstin Griese, schoss netterweise für uns dieses Gruppenfoto mit Ministerin v.l.: Jürgen Schneider, Jürgen König, Andrea Nahles, Bernd Rützel



Die Firma Müller hat als Ausbildungsbetrieb etwa zwei Drittel ihrer Belegschaft selbst ausgebildet. Geschäftsführerin Müller-Drilling unterstrich, dass es das Ziel der Firma sei, jeden Auszubildenden zu übernehmen.

Ich habe mich sehr über das Interesse der beiden Führungskräfte des Jobcenters gefreut. Zwei Wochen zuvor habe ich tiefe Einblicke bei meinem Praktikum im Jobcenter in Karlstadt bekommen. Jetzt wollte ich der Leitung des Jobcenters in unseren Parlamentsbetrieb Einblick gewähren.

## LOKALE VERWURZELUNG UND MODERNSTE PRODUKTIONSTECHNIK

Bei meinem jüngsten Betriebsbesuch habe ich einen Eindruck von der Philosophie des Unternehmens **Müller Feinblechbautechnik** in Frammersbach bekommen. Unternehmen wie die Firma Müller machen Main-Spessart stark: Hier wird mit modernster Technik und Verwurzelung in der Region gefertigt!

Geschäftsführerin Verena Müller-Drilling führte uns durch die Räume und stellte ihre Produkte vor. Als metallverarbeitender Betrieb fertigt die Firma Möbel und Geräte vor allem für Großküchen und die pharmazeutische Industrie und hat dabei von Be-

ginn an innovative Produkte, wie beispielsweise das Schmutzgeschirr-Rückgabe-Karussell, hervorgebracht. „Gehen Sie mal in die Kantine des Verteidigungsministeriums, dort finden Sie solch ein Exemplar“, schlug die Juniorchefin mir sichtlich stolz vor. Weitere bekannte Großunternehmen wie Adidas oder Rolex zählen ebenfalls zu den Kunden.

Dabei bietet das mittelständische Unternehmen, das 1986 als Einmannbetrieb gegründet wurde und heute über 100 Menschen beschäftigt, einen umfassenden Service. Von der Konstruktion mit hochmoderner 3D-Technologie bis zur Montage durch die firmeneigenen Facharbeiter werden auf Wunsch alle Produktionsschritte betreut.

Für mich ist eine engagierte Belegschaft Voraussetzung für einen erfolgreichen Betrieb. Und die Zufriedenheit der Mitarbeiter wiederum resultiert insbesondere aus der Wertschätzung ihrer Leistungsbereitschaft, die im Falle der Firma Müller durch die Beteiligung am Gewinn erfolgt. In dem Zusammenhang habe ich mich auch über die betriebliche Mitbestimmung informiert und über deren Vorteile mit Frau Müller-Drilling diskutiert.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## „KLAMMER ZWISCHEN MIL UND MSP“ - SPD-VORSTAND SCHLÄGT MICH WIEDER FÜR BUNDESTAGSWAHL 2017 VOR

Nicht ganz ohne Stolz drucke ich an dieser Stelle gerne eine Pressemitteilung des SPD-Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg über meine Nominierung ohne Gegenstimmen durch den Vorstand der SPD in MIL und MSP. Ich freue mich sehr über das Vertrauen!

Auf der Sitzung des SPD-Unterbezirks-Vorstands Main-Spessart/Miltenberg wurde der Gemündener SPD-Bundestagsabgeordnete Bernd Rützel ohne Gegenstimmen erneut als Kandidat für die Bundestagswahl im nächsten Jahr vorgeschlagen. „Bernd ist für uns seit seiner Wahl 2013 die politische Klammer zwischen Miltenberg und Main-Spessart“, so Uwe Lambinus, der selbst von 1972 bis 1994 die beiden Landkreise im Bundestag vertrat.

Lambinus war es auch, der in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender des Unterbezirkes Main-Spessart/ Miltenberg der SPD in der Sitzung das Wort ergriff und die bisherigen Arbeit seines Nachfolgers würdigte: „Als neuer Abgeordneter hat sich Bernd seit 2013 sehr schnell einen Namen in der Fraktion gemacht. Und dass er als Neuling gleich stellvertretender Sprecher der SPD-Fraktion in einem der wichtigsten Ausschüsse werden durfte, das kommt wirklich nur ganz selten vor.“

### „Riesiges Pensum zu bewerkstelligen“

Rützel, vor seinem Bundestagsmandat Führungskraft aber auch aktiver Gewerkschafter und Arbeitnehmervertreter bei der Bahn, ist stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuss für Arbeit und Soziales. „Mindestlohn, Rente mit 63, Mütterrente, Tarifeinheitgesetz und aktuell die Regulierung und Beschneidung der Leih- und Zeit-



Ein Bild aus dem Archiv: Bei meiner ersten Kandidatur zum Bundestagskandidaten 2009 gratulierte mir unser ehemaliger MdB und Ehrenvorsitzender des Unterbezirks Main-Spessart/Miltenberg, Uwe Lambinus, zur Nominierung.

arbeit – dieser Ausschuss nimmt gerade für die sozialdemokratische Politik in der Regierung eine Schlüsselrolle ein“, so Lambinus weiter. Umso stolzer sollte man vor Ort sein, dass man mit Bernd Rützel eine Stimme in diesem Ausschuss habe, die weit über Bayern hinaus gehört werde.

Aber auch für seine Arbeit vor Ort wurde Rützel gelobt: Neben seinem Wahlkreis Main-Spessart-Miltenberg ist er auch für die Region Würzburg und Aschaffenburg zuständig, weil es dort keine SPD-Bundestagsabgeordneten gibt. Und als Bezirksvorsitzender der UnterfrankenSPD ist sein Aktionsradius nochmal größer geworden. „Bernd ist fleißig, präsent und wirklich für ganz Unterfranken ein gesuchter Gesprächspartner: Das ist ein riesiges Pensum, das er da zu bewerkstelligen hat“, so Lambinus weiter.

Nominiert wird der Kandidat der SPD erst im Juli auf einer gemeinsamen Sitzung von Delegierten aus den Landkreisen Miltenberg und Main-Spessart. „Der Vorstandsbeschluss vom Mittwoch ist eine Empfehlung an unsere Delegierten“, so Rützel.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## POLITIK AM FRÜHSTÜCKSTISCH

Ich habe mich sehr gefreut, dass so viele Frauen meiner Einladung gefolgt sind und am 8. März anlässlich des Weltfrauentages mit mir in meinem Gemündener Bürgerbüro gefrühstückt haben.



Etwa 20 Frauen waren der Einladung gefolgt. Bei Kaffee, Tee, frischen Brötchen, Croissants, Honig und selbstgemachter Marmelade herrschte reges Kommen und Gehen. In entspannter Runde diskutierten wir vielfältige und vor allem auch lokale Themen.

Die SPD ist die Partei, die seit über einem Jahrhundert für die Gleichstellung von Mann und Frau kämpft – viele Vorkämpferinnen der Frauenrechte waren Sozialdemokratinnen! Das Frauenwahlrecht beispielsweise wurde 1919 durch die Initiative der SPD gegen den Widerstand der Konservativen durchgesetzt. Vieles, was heute selbstverständlich erscheint, musste von Frauen erkämpft werden – bis in die Fünfzigerjahre durften Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes kein Bankkonto eröffnen und erst seit 1977 sind Männer und Frauen in der Ehe gleichberechtigt. Davor musste eine Frau ihren Ehemann um Erlaubnis fragen, wenn sie einen Beruf ausüben wollte – heute undenkbar!

Für mich ist aber auch klar, dass vollkommene Gleichstellung noch lange nicht erreicht ist. Noch heute verdienen Frauen 22 Prozent weniger als

Männer – das darf nicht sein! Mir ist wichtig: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein Thema, dass es in allen Politikfeldern zu berücksichtigen gilt. In der SPD gehen wir mit gutem Beispiel voran und haben eine verbindliche Frauenquote für alle Ämter – unsere Gesellschaft braucht mehr starke Frauen in Führungspositionen!

## BROTZEIT, BIER UND POLITIK IN KARLSTADT UND ARNSTEIN

Und weiter ging's mit meiner Veranstaltungsreihe am 1. März in Karlstadt (oberes Foto) und am 11. März in Arnstein. Auch für den April sind schon wieder neue Termine ausgemacht. Wieder war die Resonanz sowohl in Arnstein als auch in Karlstadt groß, wieder gab es richtig gute Diskussionen über die „kleine“ und „große“ Politik und natürlich über all das, was den Gästen auf dem Herzen lag.



# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## FRAKTION VOR ORT: BUNDESTEILHABEGESETZ

Etwa 70 Gäste, darunter viele Spezialisten aus Sozial- und Behindertenverbänden, waren meiner Einladung Anfang März nach Marktheidenfeld gefolgt, um in der Reihe „Fraktion vor Ort“ mit mir und Experten über das geplante Bundesteilhabegesetz zu diskutieren. Als kompetente Referenten standen mit Kerstin Tack, Bundestagsabgeordnete aus Hannover und behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, mein Kollege aus dem Landtag Georg Rosenthal und Stefan Sauer vom unterfränkischen Vorstand der AG Selbst Aktiv zur Seite.

### Menschen mit Behinderung stärken

Meine Kollegin Kerstin Tack berichtete über die Anforderungen der SPD an ein neues Bundesteilhabegesetz: „Für uns steht im Vordergrund, das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung zu stärken und die vielen bürokratischen und finanziellen Hürden, die heute in den Weg gestellt werden, abzubauen.“

Teilhabeleistungen sollen zukünftig weitgehend unabhängig von Einkommen und Vermögen gewährt werden. „Auch Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Sparen“ führte Kerstin Tack aus, „daher wollen wir das Schonvermögen von bisher 2.600 Euro auf zunächst 25.000 Euro und später 50.000 Euro anheben.“ Weiterhin sollen die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Familie nicht mehr für die Gewährung und Berechnung von Leistungen mit einbezogen werden.

Dass die SPD-Bundestagsfraktion Menschen mit Behinderung den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern möchte, freut mich als Experten für Arbeits- und Sozialpolitik ganz besonders. Weiterhin setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion auch in der Behindertenpolitik für mehr betriebliche Mitbestimmung



Kompetente und engagierte Diskussionspartner für unsere Gäste waren (v.l.) Sibylle Brandt (Landesvorsitzende AG SelbstAktiv), Kerstin Tack (behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion), Stefan Sauer (AG SelbstAktiv Unterfranken) und der Würzburger Landtagsabgeordnete und ehemalige Oberbürgermeister Georg Rosenthal.

ein. So wollen wir beispielsweise die Kompetenzen der Werkstatträte in den Behindertenwerkstätten stärken. Denn für uns ist klar: Menschen mit Behinderung sind für uns keine Arbeitnehmer zweiter Klasse!

Stefan Sauer von der AG Selbst Aktiv, der Arbeitsgemeinschaft für Menschen mit Behinderung innerhalb der SPD, wies auf die zahlreichen bürokratischen Hürden hin, die Antragsstellern in den Weg gelegt werden. Auch hier setzt das Bundesteilhabegesetz an: Die Verfahren zur Feststellung der Bedarfe wollen wir bundeseinheitlich regeln – heute gibt es teilweise von Landkreis zu Landkreis unterschiedliche Kriterien.

### Diskussion mit Spezialisten

Besonders gefreut hat mich, dass nach dem Referat noch genug Zeit für eine ausführliche Diskussion blieb. Zahlreiche Betroffene waren meiner Einladung gefolgt und konnten von ihren Erfahrungen aus der Praxis berichten.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Häufig kritisiert wurde die restriktive Vergabepaxis der Krankenkassen und Behörden für die Leistungen von Menschen mit Behinderung. „Es gibt einen Rechtsanspruch auf ein persönliches Budget“, stellte Kerstin Tack klar, „Sie können sich diese Unterstützungsleistung einklagen.“

Das Format „Fraktion vor Ort“ entwickelt sich zum Renner in meinem Wahlkreis – bei meinen Veranstaltungen zu den Themen Mittelstandspolitik, ärztliche Versorgung auf dem Land und Kommunalfinanzen konnte ich jedes Mal viele Interessierte begrüßen. Und die nächste Veranstaltung in dieser Reihe steht auch schon in den Startlöchern:

## 04.04.: INFORMATION & DISKUSSION DER BUNDESVERKEHRSGEPLAN

Bereits kurz nach der Vorstellung des neuen Bundesverkehrswegeplans lade ich alle Interessierten am Montag, den 4. April, um 16 Uhr ins Foyer der Scherenberghalle in Gemünden zu einer hochkarätig besetzten Veranstaltung der SPD-Bundestagsfraktion unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ ein.

Der Bundesverkehrswegeplan stellt die Weichen für die Erhaltung, Entwicklung und den Ausbau der Bundesverkehrswege in Deutschland – und ist damit entscheidend für die Zukunft der Verkehrs-



infrastruktur. Was das für uns vor Ort konkret bedeutet, das erfahren wir aus erster Hand von meinem Bundestagskollegen **Martin Burkert, Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Bundestages und Sprecher der bayerischen SPD-Bundestagsabgeordneten.** Alle Interessierten sind herzlich willkommen, der Eintritt ist natürlich frei.

## UNTERWEGS IN UNTERFRANKEN



Tolle Ausstellung im Kulturhaus Gemünden: „70 Jahre Flucht und Vertreibung“. Der Historische Verein leistet eine ganz wertvolle Arbeit. Übrigens: Gemünden hatte kurz nach dem Krieg 3.000 Einwohner und nahm 4.000 Menschen auf!

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Schnappschuss vom 18. März, Rückfahrt aus Berlin: Blick aus dem ICE auf Gemünden am Main. Haben wir es hier nicht schön? Das Foto wollte ich keinem vorenthalten ... Wer meine Facebook-Seite [www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB) besucht, findet noch mehr Schnappschüsse von mir.

Eine tolle Messe mit engagierten Ausstellern: die Berufsinformationstage Main-Spessart (BIT MSP).



„Sternstunden der Musik genießen“ - 10 Jahre Stiftung Offene Hände Erlenbach. Ich war gerne Schirmherr des Benefizkonzertes mit dem Heeresmusikkorps Veitshöchheim.



Gleich am ersten Tag war ich direkt zur Hallenöffnung bei der BIT in der Scherenberghalle in Gemünden, um mich über das Angebot zu informieren. Gute Gespräche, viele Informationen zur aktuellen Ausbildungslage im Landkreis Main-Spessart und ein volles Haus – so muss es sein.

**Mehr von mir und meiner Arbeit tagesaktuell  
und ohne Anmeldung lesen unter  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)  
[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



4. Gambacher Fastenpredigt der SPD Ortsvereine Gambach und Karlstadt: Vor 700 Gästen wurden wir Politiker wieder von Bruder Barnabas, alias Werner Hofmann, aufs Korn genommen. Ganz große Veranstaltung mit Kultstatus. Lob an die Genossinnen und Genossen rund um Martha, Marco und Reiner.



Besuch im Bildungsbüro der Stadt Aschaffenburg. Eine ganz besondere Einrichtung, die Vorbildliches leistet. Mit dabei waren (v.l.) Harald Maidhof, Chef der Arbeitsagentur Aschaffenburg, Dr. Renate Häublein, Geschäftsführerin Agentur für Arbeit in der Regionaldirektion Nürnberg, Anna Ehrlich vom Integrationsmanagement und Michael Fleckenstein, der Leiter des Bildungsbüros. Wir beugen uns hier über einen tollen Vorschlag – denn hilfreich sind oft die kleinen Dinge. Integrationsexpertin Anna Ehrlich stellt mir eine vermeintlich banale Idee vor: Ein Ordner für Flüchtlinge für all die Unterlagen und Schriftstücke, die man auf Behörden und Ämtern schnell und übersichtlich zur Hand haben sollte. Noch ist dieser Vorschlag nicht umgesetzt, ich werbe aber ausdrücklich dafür.



Bezahlbares Wohnen braucht bezahlbares Bauen: Holzwerkstoffe ersetzen zunehmend energieintensive Baustoffe wie Stahl und Beton. Deshalb habe ich Anfang März zusammen mit unserem Bau-Staatssekretär **Florian Pronold**, Bürgermeister Jürgen Herzing und dem SPD-Fraktionchef Wolfgang Giegerich das Sägewerk Pollmeier in Aschaffenburg besucht. Geschäftsführer und Eigner Ralf Pollmeier schuf hier 180 Arbeitsplätze.



In Würzburg traf ich mich im neu eingeweihten „Gerda-Lauer-Forum“ im Parteihaus der SPD mit Melanie Tietze, der Sprecherin der Juso Hochschulgruppe Würzburg, zu einem interessanten Gespräch über bundespolitische Themen, die sicher nicht nur den Jusos auf den Nägeln brennen.



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## FRANZISKAS POST AUS DEN USA

Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – das ermöglicht das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Franziska Ritter aus Gemünden-Adelsberg, die seit August für ein Jahr in Boston lebt. Hier ihr aktueller Bericht:

**On the 17th of March** we celebrated Saint Patrick's Day and you can see that everywhere, because the color on this day is green. It is the memorial day of the Irish Bishop Saint Patrick and he is known for bringing christianity to Ireland. Ireland? We are in America! Yes, a lot of Americans, especially on the East Coast, are originally from Ireland, so they celebrate it in the US as well.

My host family is included. Many people believe that in the U.S., Saint Patrick's Day is celebrated even more than in Ireland. This is because they spend most of the day with their families. The attitude of Americans is, „Let's go the whole hog.“ They have green beer, colored food, people wear green clothes and they even color rivers green. In some cities they also have street parades. Although we celebrate this day in some parts of Germany, it is an amazing tradition to see here in the U.S. Happy Saint Patrick's Day!

**Am 17.03.** wurde hier der Saint Patrick's Day gefeiert und das war nicht zu übersehen, denn die Farbe dieses Tages ist grün. Es ist der Gedenktag des irischen Bischofs Sankt Patrick. Dieser gilt als erster christlicher Missionar in Irland. Irland? Wir sind doch in Amerika. Da sehr viele Amerikaner, vor allem an der Ostküste, so wie auch meine Gastfa-

milie, Wurzeln in Irland haben, wird auch hier dieser irische Feiertag groß zelebriert. Viele meinen sogar, dass der Tag in Amerika größer gefeiert wird als in Irland selbst, denn dort ist es mehr ein Tag den man mit der Familie verbringt. Das Motto der Amerikaner ist jedoch: „Wenn schon denn schon.“ Es gibt grünes Bier und grün gefärbte Lebensmittel, die Menschen tragen grüne Kleidung und sogar Flüsse werden grün eingefärbt. In einigen Städten werden sogar Straßenparaden veranstaltet. Obwohl dieser Tag auch in manchen Regionen in Deutschland gefeiert wird, ist es einmalig, so eine Tradition hier in den USA mitzuerleben. Happy Saint Patrick's Day!

Eure Franziska



**In der nächsten Ausgabe stellen wir Paula Greb aus Burgsinn vor, die in diesem Jahr in die USA gehen wird.**

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GASTBEITRÄGE UNSERER MdLs



### **Martina Fehlner**

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordnete für AB-West,

Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

### **„Landespolitik ist immer auch Kommunalpolitik“**

#### **Kommunalpolitischer Tag der SPD-Landtagsfraktion in Aschaffenburg**

Liebe Leserinnen und Leser,

gemeinsam mit meinem Kollegen Dr. Paul Wengert hatte ich zu einem „Kommunalpolitischen Tag in Unterfranken“ in die Aschaffener Stadthalle eingeladen. Ziel war es, mit regionalen Mandatsträgern und politisch interessierten Bürgerinnen und Bürgern über die erfolgreichen Initiativen und die zukünftigen Herausforderungen an eine sozialdemokratische Politik für die Kommunen ins Gespräch kommen. Gastredner war Dr. Manfred Sternberg aus Berlin, Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik. Er sprach in seinem Vortrag über „Aktuelle und künftige Anforderungen an die Kommunalpolitik“.

Der Erhalt wohnortnaher Schulen, die Entlastung der Kommunen durch einen kommunalen Entschuldigungs fonds, ein nachhaltiger Energie-Masterplan, die Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs sowie eine soziale Wohnungsbaupolitik: Das waren einige wichtige politische Forderungen der SPD-Landtagsfraktion, die mit den Bürgermeistern, Stadt- und Gemeinderäten sowie den Ortsvereinsvorsitzenden diskutiert wurden.

Landespolitik ist immer auch Kommunalpolitik. Die SPD-Landtagsfraktion sieht sich als Anwalt der Kommunen. Wir unterstützen die Kommunen bei

ihrem Kampf z.B. für eine leichtere Förderung von Wohnungsbau. Die derzeitigen Richtlinien, wonach städtische Wohnungsbaugesellschaften von der Förderung durch den Wohnungspakt Bayern ausgeschlossen sind, sind völlig weltfremd. Wohnungsbau ist die derzeit wichtigste Aufgabe in den Ballungszentren.



Die Kommunen sind dazu bereit. Sie dürfen nicht durch bürokratische Hindernisse ausgebremst werden. Außerdem fordern wir eine stärkere Unterstützung der Städte und Gemeinden zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingsproblematik. Die Kommunen sind die Instanz, bei der unmittelbar die Integration geleistet wird.

Das betrifft unter anderem die Unterbringung, die Hilfe beim Ankommen in unserer Gesellschaft und die Ausgaben für die Jugendhilfe. Doch die Städte, Gemeinden und Landkreise in Bayern sind deutlich überfordert. Sie dürfen nicht auf den immensen Zusatzkosten sitzen bleiben.

Herzlichst,

Ihre Martina Fehlner

Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL  
Goldbacher Straße 31, 63739 Aschaffenburg

Tel: 06021 22244 | Fax: 06021 451604  
buergerbueero@martina-fehlner.de

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## GEORG ROSENTHAL

Unterfrankensprecher  
in der SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für  
Würzburg-Stadt

Betreuungsabgeordneter  
für Main-Spessart

**„Das Deutschland-  
stipendium ist  
gescheitert!“**

### Elite-Stipendium verschärft die soziale Schieflage an den Hochschulen

Als Programm zu einer breiten Förderung von begabten Studierenden war das Deutschlandstipendium gedacht. Nach fünf Jahren zeigt sich jedoch, dass es gescheitert ist. „Der Erfolg des Programms ist deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben“, stellt SPD-Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal fest: Als Mitglied im Wissenschaftsausschuss tritt er für die Abschaffung des 2011 gestarteten Programms ein.

Die frei werdenden Mittel könnten besser zur Ausweitung des BAföGs verwendet werden. Dies sei gerechter, als die Förderung an die nur schwer fassbaren Auswahlkriterien Begabung und Leistung zu koppeln. Da eine soziale Komponente komplett fehle, verschärfe das Stipendium die soziale Selektion an den Hochschulen. „Nach derzeitigem Stand bekommen diejenigen eine Förderung, die es gar nicht brauchen.“

Wie aus einem vor kurzem veröffentlichten Bericht der Bundesregierung zur Evaluation des Deutschlandstipendiums hervorgeht, wurden 2015 von den im Bundeshaushalt eingeplanten 47 Millionen Euro nur 31 Millionen abgerufen. Statt, wie angestrebt, acht Prozent der Studierenden erhielten gerade

einmal 0,84 Prozent die monatliche Förderung von 300 Euro. Rosenthal führt dieses ernüchternde Ergebnis auf „erhebliche Mängel“ bei der Ausgestaltung des Stipendiums zurück, das je zur Hälfte durch den Bund sowie durch von den Hochschulen angeworbene private Geldgeber finanziert wird.

„Die Hochschulen geraten in die Abhängigkeit der Wirtschaft und sind zudem noch für die Vergabe und Verwaltung der Stipendien sowie die Betreuung der Stipendiaten und Stipendiatinnen zuständig“, kritisiert Rosenthal.

Abgeordnetenbüro Georg Rosenthal, MdL

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg

Tel: 0931 99110 161 | Fax: 0931 99110 162

buergerbuero@georg-rosenthal.de



## Volkmar Halbleib

Haushaltspolitischer Sprecher  
und Parl. Geschäftsführer der  
SPD-Landtagsfraktion

Abgeordneter für WÜ-Land

Betreuungsabgeordneter  
für Stadt und Landkreis Kitzingen

### Oberster Rechnungshof watscht Staatsregierung ab

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) bestätigt in seinem Jahresbericht die Kritik der SPD-Landtagsfraktion an zu wenigen Investitionen in den Erhalt von Staatsstraßen und Brücken. Dieses Versäumnis sei gleichbedeutend mit einer öffentlichen Verschuldung, stellt der ORH fest.

Es macht aus meiner Sicht keinen Sinn, auf der einen Seite Schulden des Freistaats zu tilgen, wenn auf der anderen Seite der Zustand der Staatsstraßen und Brücken ständig schlechter wird. Ich forde-

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



re daher von der Staatsregierung ein Konzept zur Abfinanzierung des Investitionsstaus in Bayern, um diese versteckte Verschuldung spürbar abzubauen.

4.894 Kilometer der bayerischen Staatsstraßen, das sind 36 %, sind dringend sanierungsbedürftig. Mindestens 734 Millionen Euro wären nötig, um hier für ordentliche Verhältnisse zu sorgen. Zusätzlich ist auch noch jede vierte staatliche Brücke in Bayern nach eigenem Eingeständnis der Staatsregierung marode.

Ein weiteres Problem, das der ORH anspricht, ist der mangelhafte Steuervollzug im Freistaat. Finanzminister Söder bekommt die Probleme hier nicht in den Griff. Die Folge sind Steuerausfälle in Millio-nenhöhe. Es wird dringend mehr Personal in der Steuerverwaltung benötigt, deshalb fordern wir die

Staatsregierung auf, endlich die 1.500 offenen Stellen bei den Finanzämtern zu besetzen, was zu Steuermehreinnahmen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro führen würde. Dabei geht es auch um Steuergerechtigkeit, denn es darf nicht sein, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Dummen sind, bei denen die Steuer direkt vom Lohnzettel abgezogen wird und die lange auf ihre Steuerrückerstattung warten müssen.

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL

Bürgerbüro Volkmar Halbleib, MdL  
Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
buergerbuero-halbleib@t-online.de

**MEINE STIMME  
FÜR ♥ERNUNFT**

**UNSER LAND BRAUCHT ZUVERSICHT.  
KEINE PANIKMACHE.**

**SPD**